

Lübbeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübbeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mt.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 35 Pfg., Veramtlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 286.

Donnerstag, den 6. Dezember 1917.

24. Jahrg.

Die preußische Wahlrechtsvorlage.

Kritische Bemerkungen.

Können wir uns auch, soweit es sich um den Gesekentwurf betreffend die Wahlen zum Hause der Abgeordneten handelt, im großen Ganzen auf den Loben der Vorlage stellen, die zweifellos einen Fortschritt bedeutet, wie er bisher in Preußen noch nicht dagewesen ist und wie wir ihn bis zum Ausbruch des Krieges für unmöglich gehalten hätten, so fordern doch eine Reihe von Bestimmungen zur Kritik heraus.

Zunächst ist kein Grund dafür einzusehen, warum die Regierung die Altersgrenze für das aktive Wahlrecht vom vollendeten 24. auf das vollendete 25. Lebensjahr hinaufgerückt wissen will. Gewiß ist es richtig, daß sich das preußische Wahlrecht hiermit dem Vorbilde des Reichstagswahlrechts und den Wahlrechten nahezu aller Bundesstaaten anschließt und daß es damit der bisher suspendierten Vorläufigkeit im Artikel 70, Abs. 1 der Verfassungsurkunde entsprechen würde. Aber andererseits darf man nicht übersehen, daß durch diese Bestimmung Tausende von Staatsbürgern mit einem Schlage ihres Wahlrechtes beraubt werden und daß es ein wesentlicher Unterschied ist, ob man einen bestehenden Zustand verschlechtert oder ob man überhaupt etwas ganz Neues schafft. Umso sonderbarer mutet diese Veränderung an, wenn man in der Begründung die warmherzigen Worte liest, mit denen die Regierung der Taten unserer Krieger und der auf den Schlachtfeldern gebrachten Opfer gedenkt. Hätte sie die richtige Folgerung aus ihren Worten gezogen, dann würde sie eine Herabsetzung, nicht aber eine Erhöhung der Altersgrenze vorschlagen müssen.

Eine weitere Verschlechterung bedeutet das Erfordernis der dreijährigen Staatsangehörigkeit und des einjährigen Aufenthalts in der Gemeinde. Heute hat jeder Preuze schließlich ohne Rücksicht auf die Dauer seiner Zugehörigkeit zum preußischen Staate das Wahlrecht in der Gemeinde, wo er seit sechs Monaten wohnt. In Zukunft soll nun nicht nur, wie z. B. in Elsaß-Lothringen ein dreijähriger Wohnsitz im Inlande, sondern ausdrücklich die dreijährige Staatsangehörigkeit gefordert werden. Hiernach würden auch diejenigen Deutschen, die schon seit Jahrzehnten in Preußen wohnen, es aber nicht für nötig gehalten haben, die preußische Staatszugehörigkeit zu erwerben, bei den nächsten Wahlen, vorausgesetzt, daß sie vor Ablauf von drei Jahren stattfinden, vom Wahlrecht ausgeschlossen sein. Wenn in der Begründung gesagt ist, erst der Antrag auf Annahme in den Staatsverband lasse erkennen, daß der Antragsteller zu staatsbürgerlicher Betätigung bereit ist, so bedeutet das eine Ueberschätzung einer bloßen Formalität, denn der formelle Antrag auf Aufnahme in den Staatsverband steht in keinem Zusammenhang mit dem Versuch, sich in die politischen Zustände Preußens einzuleben.

Ebenso wenig stichhaltig ist die Begründung für das Erfordernis des einjährigen Aufenthalts in der Gemeinde. Die Regierung beruft sich darauf, daß die moderne Entwicklung von Wirtschaft und Verkehr an die Geschäftigkeit strengere Anforderungen als in früheren Zeiten zu stellen habe, wenn daraus ein besonderes Moment der politischen Bewertung entnommen werden solle. Und sie sagt weiter, es liege auf der Hand, daß die fluktuierenden Elemente der Bevölkerung dem Staate nicht das gleiche Interesse oder Verständnis entgegenzubringen vermögen wie der lebhafte Teil, den in viel festerer Weise soziale und wirtschaftliche Bande an den Staat fesseln und an der Wohlfahrt der Allgemeinheit beteiligen. In diesen Worten äußert sich eine völlige Verkennung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse. Wie kann man diejenigen Kreise der Bevölkerung — in der Hauptsache wird es sich dabei um Arbeiter handeln — die durch Arbeitslosigkeit oder durch Wohnungsnot gezwungen sind, ihren Wohnsitz zu wechseln, als fluktuierendes Element bezeichnen! Glaubt die Regierung wirklich, daß diese Schichten mit dem Augenblicke, wo sie in eine andere Gemeinde überführen, den Vorzügen im Staate nicht mehr das gleiche Interesse entgegenbringen wie früher? Auch die Erwägung auf das Gemeindericht trifft nicht ganz zu. Wir Sozialdemokraten verlangen die Beseitigung dieser Bestimmung ja auch für die Wahlen zu den Gemeindevertretungen. Aber wenn wir uns einmal einen Augenblick auf den Standpunkt derer stellen wollen, die für die Ausübung des Gemeinderichtes eine bestimmte Aufenthaltsdauer fordern, so müssen wir doch sagen, daß der von ihnen angeführte Grund, daß nur derjenige, der längere Zeit in der Gemeinde wohnt, die Gemeindeangelegenheiten zu beurteilen imstande ist, für die Wahlen zur Volksvertretung entfällt. Ob ich im äußersten Osten oder im äußersten Westen des Staates wohne, ist gleichgültig, mein Interesse an der staatlichen Gesetzgebung und Verwaltung ist in beiden Fällen das gleiche.

Die Bestimmungen sind aber noch gefährlicher, als es auf den ersten Blick erscheint. Es genügt nämlich nicht ein einjähriger Aufenthalt im Wahlkreis, sondern es wird ein einjähriger Aufenthalt in der Gemeinde verlangt. Nun haben wir zahlreiche Wahlkreise, die sich aus mehreren Ge-

meinden zusammensetzen. Mit dem Augenblicke, wo ein Wähler von einer Gemeinde in die Nachbargemeinde zieht, hat er sein Wahlrecht verloren, obwohl er in demselben Wahlkreise wohnen geblieben ist. Das ist eine Härte, die unbedingt beseitigt werden muß.

Am allererschlimmsten sind in dieser Beziehung aber die Berliner Bürger daran, denn für sie steht die Vorlage noch ein besonderes Ausnahmegesetz vor. Berlin ist die einzige Gemeinde, die in mehrere Wahlkreise geteilt ist. Bisher war es gleichgültig, in welchem dieser Wahlkreise man wohnte. Wer seit 6 Monaten seinen Wohnsitz in Berlin hatte, und die übrigen Voraussetzungen erfüllte, war wahlberechtigt. Wird die Vorlage Gesetz, dann muß man, um sein Wahlrecht in Berlin ausüben zu können, bei Auslegung der Wählerlisten ein Jahr im Wahlkreise wohnen. Wer die Berliner Verhältnisse kennt, wer es weiß, wie häufig hier nicht nur die Arbeiter, sondern auch andere Schichten in der Bevölkerung ihre Wohnung zu wechseln gezwungen werden, der wird unmöglich seine Hand dazu bieten können, daß eine so rigorose Bestimmung in die Tat umgesetzt wird.

Ein weiterer Mangel der Reform ist, daß sie keine Neueinteilung der Wahlkreise vorsieht, wie sie von der gesamten Linken des Abgeordnetenhauses einschließlich der Nationalliberalen für notwendig erachtet wird. Die Wahlkreiseinteilung ist in Preußen ein noch größeres Bedürfnis als im Reich, einmal weil die heute bestehende Einteilung dort erheblich älteren Datums ist, und zweitens wegen des im Reiche unbekanntem Systems, wonach eine Reihe von Wahlkreisen bis zu drei Vertretern ins Abgeordnetenhause entsenden. Die Regierung will den bestehenden Zustand im wesentlichen aufrechterhalten. Es soll lediglich dann, wenn die Zahl der auf eine Abgeordnetenstelle eines Wahlkreises entfallenden Einwohner, nach der letzten allgemeinen Volkszählung mehr als 250 000 beträgt, bei der nächsten allgemeinen Wahl für jede weiteren angefangenen 250 000 Einwohner je ein neuer Abgeordneter hinzutreten. Dadurch wird die Zahl der Abgeordneten zunächst um 12 vermehrt. Das ist aber nur ein sehr schwacher Notbehelf, denn auch nach dem Inkrafttreten dieser Bestimmung würde, um nur ein Beispiel anzuführen, in der Stadt Düsseldorf erst auf 223 000 im Wahlkreise Raquin-Wilkallen dagegen bereits auf 50 000 Einwohner ein Abgeordneter entfallen.

Was die Reform des Herrenhauses betrifft, so fordern wir grundsätzlich die Beseitigung des Zweikammersystems. Aber wenn schon einmal das Herrenhaus beibehalten werden soll, dann muß darauf gedrungen werden, daß sich in seiner Zusammenlegung auch wirklich die Anschauungen der Bevölkerung widerspiegeln. Das kann nach Inkrafttreten der Reform schon deshalb nicht der Fall sein, weil die Arbeiter auch dann noch wie vor von einer Vertretung im Herrenhause ausgeschlossen sind. Den Einwand, daß wir keine Arbeitskammern haben, die die Wahlen vornehmen können, kann man unmöglich gelten lassen. Solange ein solches Gesetz nicht besteht, könnte man getrost die Arbeitnehmerschaft in den Versicherungsämtern mit dieser Funktion betrauen, wie ja heute schon in den Gemeinden vielfach die Gewerbetreibenden aus Arbeiterkreisen die Wahlkörper für die Wahl von Mitgliefern in eine ganze Reihe von Verwaltungsdeputationen bilden.

Im schreienden Gegensatz zu diesem völligen Ausschluß der Arbeitervertreter steht die Bevorzugung des Grundbesitzes, der im Herrenhause vertreten sein soll einmal durch die ehemals Reichsunmittelbaren, zweitens durch die Fürsten, Grafen und Herren, drittens durch die sonstigen bisher erblich hereditären Mitglieder und die bevorzugten Geschlechter, viertens durch den alten Grundbesitz und fünftens durch die von der Landwirtschaftskammer zu präsentierenden Mitglieder. Es sind das insgesamt nicht weniger als 132 Vertreter landwirtschaftlicher Interessen unter insgesamt 360 Mitgliedern, die dem Herrenhause auf Präsentation angehören sollen. Auch dabei hat es nicht sein Bewenden, sondern wir werden ganz sicher darauf rechnen können, daß auch unter den Vertretern der Selbstverwaltung eine ganze Reihe von Herren sind, die in Wirklichkeit die Landwirtschaft vertreten. Die Vertreter der Selbstverwaltung sollen nämlich von den Provinziallandtagen präsentiert werden, die zur Ausübung dieses Rechtes in Abteilungen gegliedert werden, in eine städtische und eine ländliche Abteilung. Berücksichtigt man diese Vorschrift und vergewärtigt man sich ferner die Art der Zusammenlegung der Provinziallandtage, so wird man nicht fehl gehen in der Annahme, daß auch hierdurch wieder der Landwirtschaft eine Vertretung eingeräumt wird, die weit über ihre Bedeutung hinausgeht.

Wir begnügen uns mit diesen kritischen Bemerkungen, aus denen hervorgeht, daß wir bei aller Anerkennung des Fortschrittes der Reform doch die Abänderung einer ganzen Reihe von Bestimmungen für unbedingt notwendig halten. Natürlich können wir uns heute nicht bereits auf diesen oder jenen Punkt festlegen. Wir werden versuchen müssen, herauszufinden, was herauszuholen ist. Wir werden bestrebt sein, den Widerstand der Wahlrechtsgegner zu brechen, mit

werden aber in jeder Phase des parlamentarischen Kampfes uns vor Augen zu halten haben, daß es um das Ganze geht und daß das Reformwerk an Einzelheiten, die nichts grundsätzlicher Art sind, durch unsere Schuld nicht scheitern darf. Paul Hirsch, M. d. A.

Die Verhandlungen im Abgeordnetenhause.

Am gestrigen Mittwoch stand die neue Wahlrechtsvorlage auf der Tagesordnung des preußischen Abgeordnetenhauses. Bei Eröffnung der Sitzung führte der

Präsident Graf Schwerin-Löwisch aus: Bei der Beratung der Wahlreform werden alle nur das eine Ziel, das Wohl des Vaterlandes, haben. Ich bitte, dabei die politische Gesamtlage nicht zu vergessen. Die Wahlreform ist bei aller Wichtigkeit doch nicht die einzige, ja nicht einmal die entscheidendste Schicksalsfrage des Volkes. Die ganze Welt von Feinden erwartet auch heute noch gespannt, die deutsche Kraft durch inneren Hader geschwächt zu sehen, ihre eigene hinführende Siegeshoffnung aber durch unseren Zwist neu belebt zu sehen. Das Verhandlungsbild kann also nicht ohne weitgehendsten Einfluß auf die Friedensbereitschaft der Feinde und die Fortdauer des Krieges sein.

Ministerpräsident Graf Hertling

sagte nach einigen einleitenden Worten, in der er auf die Schwierigkeit seiner Stellung hinwies: Es ist mir die Verpflichtung auferlegt, ein feierlich und zu wiederholten Malen gegebenes Königswort einzulösen. Ich werde alle meine Kräfte daran setzen, dieser Ehrenpflicht zu genügen und ich tue es aufrichtigen Herzens. An anderer Stelle habe ich kürzlich daran erinnert, daß der Krieg nicht nur tiefe Spuren im Volksleben hinterlasse, sondern erfahrungsgemäß auch neue Aufgaben bringe und zu neuen Gestaltungen hinführe. Ich beand mich dabei in voller Uebereinstimmung mit den Worten der Thronrede, durch welche am 18. Januar 1917 der Landtag der Monarchie eröffnet wurde: „Der Geist gegenseitigen Verständens und Vertrauens wird auch im Frieden fortwirken in der gemeinlichen Arbeit des ganzen Volkes am Staate. Er wird unsere öffentlichen Einrichtungen durchführen und lebendigen Ausdruck finden in unserer Verwaltung, unserer Gesetzgebung und in der Gestaltung der Grundlagen für die Vertretung des Volkes in den gesetzgebenden Körperschaften!“

Die Ihnen vorgelegten Entwürfe bezeichnen den Weg, auf welchem diese Worte zur Tat werden sollen. Es bedeutet dies, wie ich vollkommen anerkenne, einen Wendepunkt in der inneren Geschichte Preußens; aber, meine Herren, eine staatsbehaltende Politik, wie ich sie durchaus vertrete, kann sich nicht darauf beschränken, unter allen Umständen das Bestehende zu konservieren, sie muß im gegebenen Falle auch mutig und entschlossen zu Neuerungen die Hand bieten, wenn die Entwicklung des Volkslebens sie verlangt. Daß ein solches Vorgehen bei den Anhängern des Bestehenden schwere Bedenken und schmerzliche Gefühle wachruft, ist natürlich, und ich bitte Sie, meine Herren, zu glauben, daß ich diese Gefühle durchaus zu würdigen weiß. Ja, noch mehr, ich verstehe es, wenn in diesen Kreisen das Festhalten an dem von den Vätern Ueberkommenen nicht eine bloße Gefühlssache ist, sondern sich Ihnen geradezu als Gewissensfrage darstellt. Aber, meine Herren, dieser Gewissenskampf muß durchgelämpft werden. Es läßt sich ein Wahlsystem nicht länger halten, über welches schon vor 50 Jahren kein geringerer als Fürst Bismarck sein bekanntes Verdict ausgesprochen hat. Es läßt sich nicht mehr halten, angehängt der tiefergehenden Bedenken, welche die Zusammenlegung des Volkskörpers erfahren hat. In voller Würdigung der entgegenstehenden Bedenken und Empfindungen kann ich es nur auf das Nachdrücklichste betonen, daß Sie dem Vaterlande einen großen Dienst leisten, wenn Sie der Vorlage, selbstverständlich nach eingehender Prüfung, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Was die Gesetzesvorlage über die Zusammenlegung des Herrenhauses betrifft, so ist das Ziel, welches sie verfolgt, das Herrenhaus nicht nur in seiner bisherigen Stellung und Bedeutung zu erhalten, sondern es fester in der Gesamtheit des Volkes zu verankern. Der alte Aristokrat, der er noch bis in der Mitte der vorigen Jahrhunderte bestand, existiert nicht mehr. Neben dem Grundbesitz sind in steigendem Maße Handel und Industrie als bestimmende Elemente im wirtschaftlichen und damit öffentlichen Leben hinzugetreten. Es erscheint daher berechtigt, ja notwendig, die Zusammenlegung unter möglicher Schonung des Bestehenden im Sinne einer herkunftständigen Vertretung neu zu ordnen, wobei auch Vertreter der ländlichen und städtischen Selbstverwaltung herangezogen werden sollen. Ich möchte nicht auf Einzelheiten eingehen, glaube aber die Hoffnung auszusprechen zu dürfen, daß die Grundgedanken des Gesekentwurfes Ihren Beifall finden werden. Die weitere Begründung der Vorlage darf ich meinen Herren Kollegen im preußischen Staatsministerium überlassen.

Ich schließe mit dem nochmaligen Appell: Bringen Sie dem Vaterlande das Opfer, wenn es ein Opfer für Sie ist, stimmen Sie den Vorlagen zu, Sie werden dadurch das Gelingen des Staates fördern, möglicherweise sogar zur Verhütung schwerer Erschütterungen beitragen. (Lebhafter Beifall.)

Minister des Innern Drews:

Das preussische Wahlrecht paßt nicht mehr für die heutigen Verhältnisse. Die Minderungsbedürftigkeit wurde von der überwiegenden Mehrheit der Parteien und der Regierung lange anerkannt. Die soziale und wirtschaftliche Lage, insbesondere die Steuerverhältnisse, verschoben sich derart, daß das geltende Wahlrecht als eine Ungerechtigkeit empfunden wurde, da es den ersten Klassen ein Übergewicht in der Vertretung verschaffte. Der Minderungsversuch im Jahre 1909 scheiterte. Das große Volkstrüben ergriff alle Volksschichten, brachte die Wahlrechtsfrage wieder in Fluß und verlangte gebieterisch ihre Lösung. Die gleiche Pflichterfüllung aller preussischen Männer dem Vaterlande gegenüber in Not und Tod führt dazu, daß die Lösung der Wahlrechtsfrage nur dadurch gefunden werden kann, daß jeder Preuße bei der inneren Gestaltung des Staatswesens grundsätzlich dasselbe gleiche Recht hat. (Beifall.) Preußen muß auf Gerechtigkeit und Recht setzen; wenn auch solche Fragen weniger mit dem Herzen als mit dem Kopf gelöst zu werden pflegen, so müssen doch die großen letzten Ziele in der inneren Politik auch auf ethischem Boden wurzeln. (Beifall.) Soll Liebe, Freude und Begeisterung in der Bevölkerung zum Staate bestehen, dann kann es nur dann geschehen, wenn im Volke die Empfindung herrscht, daß im Staatswesen der ethische Gedanke verwirklicht ist. Das Muralwahlrecht würde an sich vielleicht noch rein logischen Standpunkt das selbsterhöhte Wahlrecht sein, wenn es einen untrüglichen Schlüssel gäbe für den Wert und die Bedeutung jedes einzelnen Staatsbürgers. Gerade diese Voraussetzung fehlt. Das Muralwahlrecht ist daher für die Staatsregierung unannehmbar. Eine offene oder versteckte Abstufung nach pecuniären Momenten ist unvereinbar mit den Forderungen der neuen Zeit. (Beifall.) Die Forderung, gleiche Pflichten und gleiche Rechte, kann nur verwirklicht werden durch die Einführung des gleichen Wahlrechts. (Erneuter Beifall.) Dieses kann nach der Auffassung der Staatsregierung nur ein gleiches Wahlrecht im Sinne des Reichstagswahlrechtes sein, wobei in örtlich abgegrenzten Wahlbezirken jede Stimme jedes Wählers dasselbe Gewicht hat wie die Stimme jedes anderen. Eine andere Basis zu konstruieren, ist für die Staatsregierung gleichfalls unannehmbar, so die Abgeordnetenwahl durch einzelne Berufsstände, weil der Interessengegensatz der einzelnen Berufsstände für das politische Leben überhaupt verhängnisvoll sein würde. Ich trete nachdrücklich der Auffassung entgegen, daß die Vorlage eine Belohnung an die kriegsreifen Volksmassen für die Dienste während des Krieges ist. Eine solche Auffassung verkennet den Wert und die Bedeutung dessen, was in der Königsbotschaft vom 11. Juli ausgedrückt wurde. Ebenjowenig kann die Vorlage bezwecken, durch Demokratisierung eines Staates im Ausland eine uns günstigere Stimmung hervorzuwecken und Haß und Feindschaft gegen uns herabzumindern. Mögen wir bei den Wahlen in Preußen ein mehr oder weniger demokratisches, konstitutionelles oder absolutes System haben. Es wird für die Stellung des Auslandes uns gegenüber sicherlich nicht ausschlaggebend sein. Unsere Feinde waren begeisterte Bundesgenossen des absolutistischen Rußlands. Sie sind jetzt Rußland nicht wohlgesinnter, nachdem es vom absolutistischen System zu einem freien überzugehen im Begriff ist. Schon unter eigener Stolz gebietet, die innere Ausgestaltung, nicht nach den angeleglichen Wünschen des Auslandes, sondern nach dem Willen und nach den eigenen Bedürfnissen vorzunehmen. Deutschland und Preußen erlangen keinen Platz in der Welt, daß es stolz und unabhängig liegen darf und muß; wir sind das und wir sind so, was und wie wir aus eigenen Kräften und Bedürfnissen geworden sind. Wer zu uns in Beziehungen treten will, muß uns so nehmen, wie wir sind. Aus eigenem Willen und aus eigenem Bedürfnis heraus wollen wir das gleiche Wahlrecht in Preußen einführen. (Beifall links.) Ich fürchte nicht, daß die mit der Wahlreform verbundene Radikalisierung des Staatslebens gefährdet. Nach dem Kriege werden auch die bisher abwärts stehenden Volkskreise positiv mitgehoben an dem Ausbau und an dem Gedeihen des Staatslebens. Als dauernde Nachwirkung der großen Begeisterung vom 4. August 1914 muß die Ueberzeugung bleiben, daß alle Volksteile und Parteien zur Mitarbeit berufen sind und die Möglichkeit der Mitarbeit keiner Partei grundsätzlich verwehrt ist. Ich glaube fest an einen guten Geist im preussischen Volke, der zum Heil des Vaterlandes wirksam bleiben wird. Die Regierung wird und muß mit allen verfassungsmäßigen Mitteln sich dafür einsetzen, daß das gleiche Wahlrecht Gesetz wird. (Beifall.)

Finanzminister Hergt begründet die vorgesehene Erweiterung der Zuständigkeit des Herrenhauses gegenüber dem Abgeordnetenhaus bei der Staatsberatung.

v. Heydebrand (K.): Die Begründung des Ministers des Innern waren allgemeine Redensarten, mit denen er auch die Einführung einer Republik hätte begründen können. Er wies gleich in der ersten Zeile alle Möglichkeiten einer Verhandlung ab. Wie kann ein Vertreter der Regierung, die solche Vorlagen einbringt, sagen, der Ernst der Zeit verpflanze keine Streitfragen aufzurollen, die die Ruhe des Landes hören? Bei den Vorlagen können unverantwortliche Ratgeber mitgewirkt zu haben. Bei aller Anerkennung der Vorzüge des preussischen Wahlrechts geben wir zu, daß es erhebliche Schwächen hat. Wir sind bereit, an einer Reform mitzuarbeiten, aber die einstimmige Auffassung der Konventionen ist, daß das gleiche Wahlrecht die geeignete Grundlage für eine Reform nicht ist. Wir sind durchdrungen von den Schwierigkeiten, die der Ministerpräsident in Deutschland und in Preußen vorfindet. Wir glauben, daß ausschließlich patriotische Motive ihn zu der Amtsübernahme bestimmten, aber wir hätten lieber einen Preußen als Ministerpräsidenten gesehen. Ich begreife, daß Hertzling vor der Amtsübernahme mit politischen Persönlichkeiten Fühlung nahm, aber etwas anderes ist es, daß dem Diktum und dem Programm einer Mehrheit zu unterwerfen. Bei der Ernennung Hertzlings wurde die verfassungsmäßige Grundlage außer Acht gelassen, daß der Kaiser den Minister nach eigenem Ermessen ernannt. Die Minister sollen nicht einseitige Diener der Mehrheit sein. Ihre Stellung wird herabgedrückt, wenn sie nicht allein von dem Vertrauen der Krone berufen worden sind. Das ist der direkte Weg zum parlamentarischen System, das nicht das Hindernis des Reichstages bedeutet. Dr. Mikaelis mußte zurücktreten, weil er das Amt angenommen hatte, ohne die Mehrheit zu betonen. Anhand der Hälfte des preussischen Staatsministeriums besteht das Staatssekretariat des Reiches, die einer anderen Meinung sind. Die Meinung der Krone ist, daß der Ministerpräsident in Preußen ein Württemberger gibt keine preussische

Stimme im Bundesrat ab, auch wenn er ein Vertrauensmann der Fortschrittler und Sozialdemokraten ist. Preussische Gesetze werden im Reichstag gemacht. Eine solche Entscheidung machen wir nicht mit. Der Friede darf nicht durch Schwächung der Grenzen und nicht auf die Kosten einer aufstrebenden deutschen und preussischen Zukunft, sondern auf Grund militärischer Erfolge und Opfer entsprechend den deutschen Interessen geschlossen werden.

Ministerpräsident Hertling:

Der Vorredner v. Heydebrand erkannte an, daß mich lediglich patriotische Motive zu der Amtsübernahme veranlaßten. Unter normalen Verhältnissen würde ich mich nach eigener ruhiger Ueberlegung zu ja oder nein entschlossen haben, aber bei der äußerst verwickelten innerpolitischen Lage war es meine Aufgabe, mit dem Reichstag zu einer friedlichen Zusammenarbeit zu gelangen. Nichts anderes war mir möglich, als mich mit verschiedenen Parteimitgliedern ins Benehmen zu setzen. Der Vorredner weiß, daß ich mich zu allererst an die Mitglieder seiner Partei wandte. Der Vorredner sagte, ich hätte mich durch die Bepfechtungen gleichsam auf ein Programm festgelegt. Das kann ich nicht anerkennen, sofern damit ausgesprochen sein soll, daß ich mich auf ein Programm festgelegt hätte, das meiner eigenen politischen Anschauung nicht entspräche hätte. Das trifft nicht zu. Ich machte keine Konzession, die meiner politischen Ueberzeugung und Gesinnung widersprochen hätten. Ich sah mir die politische Situation an und erbat mir Bedenkzeit. Sodann glaubte ich, Seiner Majestät sagen zu können: Nun wohl, ich will versuchen, ob ich diese Vertrauensmission ausführen kann. Die Vor schläge, die ich Seiner Majestät machte, waren mir nicht aufgezwungen worden. Es waren lediglich solche, die ich auf Grund der gewonnenen Kenntnis der politischen Verhältnisse als nun einmal jetzt für notwendig erachtete. Ich weise ganz entschieden zurück, daß ich die Hand dazu bieten würde, das Ansehen der Krone herabzusetzen. Ich war mein Lebtag entschiedener Monarchist und will als Monarchist sterben. Ebenso entschieden weise ich den Vorwurf zurück, als würde ich die Hand dazu bieten, den förderativen Charakter des Reiches irgendwie zu beeinträchtigen. Ich sprach im Reichstage ausdrücklich aus: an dem föderativen Charakter der Reichsverfassung, die allein der geschichtlichen Entwicklung des deutschen Volkes entspricht, darf nicht gerüttelt werden. (Bravo!) Hinsichtlich der auswärtigen Politik berufe ich mich auf meine Aeußerung im Reichstag und kann namentlich im jetzigen Moment irgendwelche Aeußerungen dazu nicht machen. Allerdings werde ich keinem Frieden zustimmen, der nicht eine ernsthafte und wirkliche Sicherung der deutschen Grenzen bringt und der die Gefährdung des preussischen Staates mit sich brächte. (Beifall!)

Pachnide (Zp.): Das Bedenklichste an den Reden des Ministerpräsidenten und Minister des Innern ist die Bestimmtheit und Festigkeit, mit der sie die Notwendigkeit einer inneren Umgestaltung betonen. Der Energie des Wortes folgt hoffentlich die Energie der Tat. Wir erwarten von der Regierung eine vor keiner Konsequenz zurückweichende Energie. Wir haben volles Vertrauen zu Hertling. Es würde zu schweren Erschütterungen kommen, wenn sich die Beratungen hinausziehen oder zur Verkümmelung oder Vereitelung der Vorlage führen sollten. Die Regierung müßte Machtmittel anwenden, wenn das Parlament verlagert. Diese Frage darf nicht vom Standpunkt des Partei egoismus betrachtet werden. Eine demokratische Entwicklung kann an Preußen nicht vorübergehen. Wir danken es der Krone, daß sie den Weg des Fortschritts betrat. Die Angriffe gegen die Friedensresolution des Reichstags sind unbegründet. Sie will einen Verständigungsfrieden und keinen Verzicht- und Hungerfrieden. Das jetzige Friedensangebot geht von dem gleichen Grundlag wie die Friedensresolution aus. Mit dem alldeutschen Eroberungsgerede können wir keine Erfolge erzielen. Die Vaterlandspartei hat das Volk zerrissen, anstatt es zu einigen. Zur Reform des Herrenhauses fordern wir, daß weitere Kreise in ihm vertreten sind.

Porich (Z): Wir müssen in diesen schweren Zeiten alles vermeiden, was den Soldaten draußen erschweren könnte, den Sieg zu erringen. Hertling trat eine außerordentlich schwere Entscheidung an, die er jetzt zu liquidieren hat. Dahin gehört namentlich die Wahlrechtsreform. Wir erkannten stets die Reformbedürftigkeit des Wahlrechts an und sprachen uns schon früher für eine geheime direkte Wahl aus. Ein Teil meiner Freunde ist auch für das gleiche Wahlrecht, ein anderer Teil ist anderer Ansicht. Sie sehen mit Bedauern auf die Gestaltung der parlamentarischen Verhältnisse Preußens, die eintritt, wenn das Gesetz in Kraft tritt. Es wird nicht geschaffen als Belohnung für die Kämpfer draußen, für die Dauler daheim machen wir es nicht. Die für absehbare Zeit einmal gegebene Freiheit läßt sich nicht wieder zurücknehmen. Eine Radikalisierung muß vermieden werden. Bei der Demokratisierung darf die kulturelle Entwicklung nicht zu kurz kommen. Ich beantrage die Ueberweisung an eine 28gliedrige Kommission, wobei uns Verwickelungsabläufe fernliegen.

Präsident Graf Schwerin-Loewitz: Kunmehr trat auch die rumänische Heeresverwaltung in Waffenstillstandsverhandlungen mit uns ein. Wir erblicken darin einen weiteren Schritt zum Endziel und eine gute Vorbedeutung für die Verhandlungen. (Bravo!) Weiterberatung am Donnerstag.

Die Waffenstillstands-Verhandlungen.

WZ. Konstantinopel, 5. Dezember. Ergänzung des amtlichen Heeresberichts vom 3. Dezember. Der Oberbefehlshaber der russischen Heere machte einen auf Waffenstillstand abzielenden Vorschlag und zwar für alle Fronten der russischen Heere im Osten. Dieser Vorschlag ist von dem russischen Heere angenommen. Darauf trat eine russische Abordnung zu den darauf hinstrebenden Verhandlungen bei dem Oberkommando der Osmanen ein. Eine von dem Oberbefehlshaber der türkischen Armeen ernannte Abordnung unter Führung des persischen Adjutanten des Sultans, Divisions-Generals erster Klasse, Zeki Pascha, schloß sich der Vertretung der russischen Heere an. Die Vorbedingungen für den Waffenstillstand begannen am 3. Dezember mittags.

Der Große Generalstab in Petersburg macht bekannt, daß, abgesehen davon, daß Rußland ohne seine Verbündeten nicht bestehen würde, er sich demnach entschlossen habe, der Abordnung für die Einleitung von Waffen-

stillstands-Verhandlungen zwei Offiziere beizugeben. Die beiden Unterhandlungen auch das Interesse der Alliierten wahrzunehmen werden.

Wie der gestrige amtliche Heeresbericht meldete, ist nunmehr auch die rumänische Heeresleitung bereit, in Waffenstillstands-Verhandlungen einzutreten. Das ist ein weiterer erfreulicher Schritt auf dem Wege zum Frieden!

Die Kriegslage.

Die Heeresberichte.

Berlin, 5. Dezember. (Amtlich.)

Erfolgreiche britische Kämpfe zwischen Trun und Bontlon. In den Sieben Gemeinden wurde der Italiener erneut auf starken Stellungen geworfen.

Wien, 5. Dezember. (Amtlich.)

Deutscher Kriegshauptlag.

Die Verhandlungen beim Feldmarschall Prinzen Leopold von Bayern werden fortgesetzt. Der Oberbefehlshaber der zwischen Danzig und dem Schwarzen Meer stehenden russischen und rumänischen Truppen ist gestern nachmittags an den Generalobersten Erzherzog Josef und an Generalfeldmarschall von Mackensen mit dem Vorschlag herangetreten, eine Besprechung über den Waffenstillstand einzuleiten. Unsere Heerführer antworteten zustimmend. Abordnungen begeben sich an den Verhandlungsort.

Italienischer Kriegshauptlag.

Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden nahmen Truppen des Feldmarschalls Conrad einige Höhenstellungen.

Rußland.

Eine Proklamation Krylenkos.

Nach drastischen Berichten aus Petersburg hat Krylenko eine Proklamation an die russischen Soldaten erlassen, in der er bekannt macht, daß er mit den revolutionären Truppen in Mählen eingetroffen ist und das Hauptquartier umzingelt habe. Die Soldaten hätten General Dushonin aus dem Eisenbahnzug geworfen und auf diese Weise ermordet. Darauf habe General Kornilow die Flucht ergriffen. Nach einer Kommunikation teilte die maximalistische Redaktion der Petersburger Telegraphen-Agentur mit, daß der Große Generalstab an der russischen Front sich den Maximalisten übergeben habe.

Nach einer Petersburger Meldung soll es Kornilow gelungen sein, mit vier Soldaten Kosaken zu entkommen.

Alle Munitionslieferungs-Kontrakte

sind von der neuen Regierung bei den Alliierten gekündigt worden.

Wiederkehr einer festeren Ordnung in Finnland.

Wie in Rußland scheinen sich auch die Verhältnisse in Finnland allmählich zu klären. Die Sozialdemokratie verzichtet einseitig darauf, einen neuen Generalstreik zu proklamieren und gibt sich mit der Sicherung der bisher erreichten Resultate zufrieden. Die Einigung ist auf folgender Grundlage erfolgt:

1. Die Unabhängigkeit Finnlands wird von der sozialistischen und den bürgerlichen Parteien gemeinsam vertreten.
2. Der neue Landtag führt die vom vorigen Landtag beschlossenen Gesetze über den Achtstundentag und die Reform des Gemeinbewahrsrechts durch.

Ein außerordentlicher Parteitag der finnischen Sozialdemokratie, der wegen der außergewöhnlichen Verhältnisse schleunigst nach Helsingfors einberufen worden war, hat eine Resolution beschlossen, in der die Erfolge des Generalstreiks begrüßt, aber die Organisationen verpflichtet werden, den Kampf für Brot und Demokratie energisch fortzusetzen. Die Partei verurteilt Mord, Raub und andere anarchistische Urakten, behält aber dem Volk das Recht vor, mit den Waffen in der Hand für seine Freiheit zu kämpfen. Die roten Garden sollen zu zuverlässigen, in Uebereinstimmung mit der Taktik der Arbeiterklasse wirkenden Ordnungsorganisationen ausgebaut werden. Die Landtagsfraktion und der Parteivorstand sollen sich über die nötigen Maßnahmen einigen. Die neuen Gemeindeverträge sollen rashestens eingeführt, untaugliche Beamte abgesetzt und die ganze Verwaltung demokratisiert werden.

Die ukrainische Republik.

Der Bund für die Befreiung der Ukraine erbat aus Stockholm folgendes Telegramm vom 2. Dezember: Der Proklamierung der ukrainischen Republik haben sich alle Gouvernements, mit Ausnahme der Stadt Odessa, angeschlossen. Der ukrainische Kriegsminister vertritt jetzt mit den schon früher organisierten ukrainischen Streitkräften im Hinterlande über eine Truppenmacht von über einer halben Million ukrainischer Soldaten.

Litauen.

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns geschrieben: Vertrauliche Verhandlungen des Hauptauschusses des Reichstages haben wiederholt dazu gedient, Gerüchte in Umlauf zu setzen, denen nur schlecht oder gar nicht beizukommen war, solange die Vertraulichkeit der Verhandlungen gewahrt werden sollte. Gerade jetzt wird aber zu parteipolitischen Zwecken Mißbrauch getrieben mit einer keineswegs einwandfrei geprüften Begegnung litauischer Vertrauensmänner mit zwei Militärs in Berlin.

Demgegenüber sei festgestellt, daß der Staatssekretär v. Kühlmann im Hauptauschuss eine Erklärung abgegeben hat, die mit einer einzigen Ausnahme deshalb allgemein befriedigte, weil darin u. a. auch sehr bestimmt festgestellt wurde, daß ganz selbstverständlich der Reichstagler die Politik mache, wie es auch verfassungsmäßig bestimmt sei. Außerdem hat die litauische Deputation, der auch ein Sozialdemokrat angehört, an verschiedenen Stellen ganz bestimmt erklärt, daß sie durchaus befriedigt sei von den Aussprachen mit dem Reichstagsler, dem Staatssekretär des Auswärtigen und auch von der Aussprache im Großen Hauptquartier. Ganz besonders freudig betonten die Herren, daß sie nach einer Konferenz der Mehrheitsparteien volles Vertrauen zum Reichstage gewonnen haben.

Die Deputation bestand aus Mitgliedern des litauischen Landestags, der von der Landeskonferenz gewählt worden ist. Die Landeskonferenz wurde aus allen Parteien zusammengesetzt und ihre einstimmigen Beschlüsse sind bei der Berichterstattung im ganzen Lande gutgeheißen worden.

Welche Bedürfnisse stehen dem beurlaubten Soldaten zu?

Die „Nordb. Allg. Ztg.“ schreibt: Zur Befestigung beherrschender Anklagen über die Bedürfnisse beurlaubter Unteroffiziere und Mannschaften während des Krieges sei im folgenden der Inhalt der einschlägigen Bestimmungen kurz zusammengefasst.

Es kommen in Betracht: Gewöhnlicher Urlaub bis zur Höchstdauer eines Monats, häufig wiederkehrende Beurlaubungen von kürzerer Dauer bis zu acht Tagen im einzelnen Falle und Urlaub zur Wiederherstellung der Gesundheit. Ferner kann Urlaub bis zu einem Monat erteilt werden zur Beschäftigung im eigenen landwirtschaftlichen oder gewerblichen Betriebe oder bei Behörden und schließlich auch längerer Urlaub zu behobelter Tätigkeit in ebenbürtige zur Ablegung von Prüfungen und zur Vorbereitung dazu. Kriegstischnachschüsse können auf angemessene Zeit zur Erlangung eines für sie geeigneten neuen Berufes beurlaubt werden, desgleichen zur Aufnahme der Arbeit im Zivilberuf bis zur Beendigung des Entlassungsverfahrens, während Genesende, die voraussichtlich wieder dienstfähig werden, aber noch ärztlicher Behandlung bedürfen, einen kürzeren Urlaub zu privater Beschäftigung im eigenen und fremden landwirtschaftlichen Betriebe erhalten können.

Alle Unteroffiziere (als Wohnungsempfänger) und Mannschaften haben bei gewöhnlichem Urlaub, z. B. während der kirchlichen Festtage, zur Befestigung häuslicher oder privater Notstände, von Truppenarzt befristeten Erholungsurlaub, Urlaub aus dem Felde bei Familienereignissen und dergl., Anspruch auf volle Wohnung, Befestigungsgeld und Freifahrt. Nur Wohnung erhalten Unteroffiziere und Mannschaften bei häufig wiederkehrendem Urlaub, z. B. Sonntagsurlaub und anderen Beurlaubungen, die nicht länger als je acht Tage dauern, aber eine bessere Verpflegung darstellen gegenüber den anderen Mannschaften. Bei Urlaub zur Wiederherstellung der Gesundheit, der meist nach Rücksicht aus dem Lazarett bewilligt wird, erhalten die Urlaubler volle Wohnung, Befestigungsgeld und Freifahrt, sofern die Notwendigkeit des Urlaubs von Truppenarzt befristet wird. Derselbe Gehalt erhalten Urlaubler bei Beschäftigung in eigenen landwirtschaftlichen und gewerblichen Betrieben, wozu auch die Betriebe von Eltern und Geschwistern rechnen. Bei längerem Urlaub über 1 Monat — tritt, abgesehen von den Kosten der Besondere Besondere, allgemeine Entlassung und Zurückstellung ein.

Unteroffiziere und Mannschaften, die zu behobelter Tätigkeit in fremden landwirtschaftlichen und gewerblichen Betrieben oder bei Behörden beurlaubt werden, erhalten Wohnung nur bis Ende desjenigen Monats, in dem der Urlaub ansetzt. Die Wohnungszahlung hört mit Ende des vorhergehenden Monats auf, wenn der Urlaub am 1., 11. oder 21. eines Monats anfängt. Sie beginnt wieder mit dem ersten Tage desjenigen Monats, in dem die Rückkehr vom Urlaub erfolgt. Befestigungsgeld wird bei diesem Urlaub nicht gewährt, dagegen Freifahrt bis zum Arbeitsort auf Kosten des Arbeitnehmers, wozu dem Mann beurlaubt wird. Die Freifahrt zum Truppenarzt erfolgt auf Kosten der Militärverwaltung. Ebenso wie die Wohnung erhalten, erhalten aber weder Unteroffiziere noch Mannschaften solche Unteroffiziere und Mannschaften, die auf mehr als einen Monat zur Ablegung von Prüfungen und zur Vorbereitung auf dieselbe beurlaubt sind. Wobei Gehalt (Wohnung, Befestigungsgeld und Freifahrt) erhalten schließlich alle Kriegstischnachschüsse, die zur Erlangung eines neuen Berufes oder zur Aufnahme der Arbeit im Zivilberuf bis zur Beendigung des Entlassungsverfahrens beurlaubt werden.

Zuschüssen für Kriegserwitwen und -Waisen. Es herrscht eine große Ungerechtigkeit und Härte darin, daß seitens des Reiches die Hinterbliebenen von Kriegern, die im Kampf gefallen oder sonst Opfer des Krieges geworden sind, in geringem Maße unterstützt werden, als die Angehörigen von Kriegsteilnehmern, auf deren Rückkehr gerechnet oder doch gehofft werden kann. Selbstverständlich haben die einzelnen deutschen Bundesstaaten und Städte das Recht und die Möglichkeit, hier einzugreifen und Zuschüsse zu leisten. Leider ist das noch nicht in genügendem und ausreichendem Maße geschehen. Auch in Lübeck, das auf dem Gebiete der Kriegserwitwenfürsorge gewiß nicht in der letzten Linie steht, gab es bisher Zuschüssen für Kriegserwitwen und -Waisen nicht. Diese waren hier auf die unzureichenden Reichrenten und auf gelegentliche Hilfe des Roten Kreuzes angewiesen. In unseren benachbarten Städten Hamburg, Altona, Wandsbek, Kiel, Bremen und anderen Orten war das anders; dort leistete man aus städtischen oder Staatsmitteln Zuschüsse, die in bestimmter Höhe gebracht waren. In der letzten Sitzung der Lübecker Bürgerkammer wurde nun ein vom Genossen Stellung gestellter und eingehend begründeter Antrag einstimmig dem Bürgerausschuß überwiesen, in dem die Gewährung solcher Zuschüssen gefordert wurde. Die Höhe dieser Renten wurde offen gelassen. Erfreulicherweise hat auch der Senat, wie er durch seinen künftigen Vertreter in der Bürgerkammer erklären ließ, die Notwendigkeit solcher Zuschüssen erkannt und am gestrigen Mittwoch beschloß sich der Bürgerausschuß, wie wir bereits berichteten, mit einer Vorlage, in welcher dafür 39 000 Mk. gefordert wurden. In Anbetracht der geringen Kaufkraft des Geldes erscheinen aber Zuschüsse von 6 Mk. monatlich für Witwen und 3 Mk. für Kinder als zu gering. In Hamburg sind vor einiger Zeit wesentliche Erhöhungen gerade dieser früher dort bestehenden Sätze vorgenommen worden. Deshalb ist es sehr zu begrüßen, daß der Bürgerausschuß höhere Sätze, nämlich 10 und 5 Mark, beschlossen hat. Auch hierdurch sind die Kriegserwitwen und -Waisen durchaus noch nicht vor Not geschützt. Dem Reich bleibt noch viel zu tun übrig. Immerhin ist ein Fortschritt zu verzeichnen, der zu begrüßen ist.

Lübedische Tafelmalerei.

In der Sitzung des Vereins für Lübedische Geschichte und Altertumskunde am Mittwoch, dem 28. November, hielt Professor Dr. Strauß einen Vortrag über die Lübedische Tafelmalerei in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts.

Der Vortragende berichtete über die Ergebnisse zweier im Laufe dieses Jahres erschienenen Arbeiten. Die eine von ihnen, aus der Feder von Frau Drexel-Braudmann, ist in dem letzten Heft der Zeitschrift unseres Geschichtsvereins erschienen, die andere, von Dr. H. Schmitz, bildet einen Abschnitt des großen, von Bürger und nach seinem Tode von Brinkmann herausgegebenen Handbuchs der Kunstgeschichte.

Die Forschungen der Verfasserin der zuerst genannten Veröffentlichung zeigten als wichtigstes Resultat, daß die Lübedische Malerei jener Zeit in stilistischer Beziehung nicht von einer der anderen, damals in Deutschland existierenden Schulen, etwa der kölnischen, der hamburgischen (Meister Bertram von Würden, Meister Franke) oder der westfälischen beeinflusst worden, sondern abgesehen von holländischer Einwirkung, die sie aber in der Wahl und Ausgestaltung der Motive, von den tonangebenden Zentren, speziell der französisch-burgundischen Kunst in Abhängigkeit gehalten hat.

Die Uebernahme der Motive, aus denen die Meister ihre Werke stamm, zum Teil zusammenstellten, soll weniger durch direkte Beeinflussung, als vielmehr auf indirektem Wege unter Benutzung von Musterbüchern, Vorlagen u. a. m. vollzogen haben. In einer Anzahl von Fällen gelang es der Verfasserin, solche Vorlagen zu

Der amtliche Kriegsbericht. Siegesbotchaften.

Die Engländer weichen und brandschlagen. Fiegerangriffe auf französisch-englische Befestigungsanlagen. 11 000 Italiener gefangen. 10 tägige Waffenuhruhe im Osten.

W.W. Großes Hauptquartier, 6. Dezbr. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In dem flandrischen Kampfgebiet nahm die Aktivität am Abend wieder erheblich an Stärke zu.

Südlich und südwestlich von Meuvre künftens unsere Truppen englische Gräben und stießen bis über die von Bourlon auf Cambrai führenden Straßen vor.

Unter der Einwirkung unserer letzten Angriffserfolge und unter dem starken Druck von Norden und Osten räumte der Feind zwischen Meuvre und Marcoing seine vordersten Stellungen und zog sich auf die Höhen nördlich und östlich von Flesquieres zurück. Im scharfen Nachdrängen wurden die Dörfer Grandcourt, Anneux, Cantain, Rozelles, sowie die Waldhöhen von Marcoing genommen. Auf 10 Kilometer Breite haben wir unsere Linien bis zu 4 Kilometer Tiefe vorgeschoben.

Auf seinem Rückzuge hat der Feind da, wo es die Zeit noch zuließ, die Dörfer durch Brand und Sprengungen zerstört. Die Trümmer dieser Dörfer und das zwecklos begonnene Zerstörungswerk von der nun dem Feinde wieder weit entzogenen Stadt Cambrai sind die Spuren, die der Engländer von seiner mit so großen Hoffnungen begonnenen, mit einer schweren Niederlage endenden Durchbruchschlacht von Cambrai für lange Zeiten auf Frankreichs Boden hinterläßt.

Die Verluste, die der Feind in den letzten Tagen besonders im Bourlonwalde erlitt, sind außergewöhnlich hoch. Die Zahl der in den letzten Kämpfen bei Cambrai eingebrachten Gefangenen hat sich auf mehr als 9000, die Beute an Geschützen auf 148, an Maschinengewehren auf 716 erhöht.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz und

Am der Ailette, in einzelnen Abschnitten der Champagne und auf dem östlichen Maasufer zeitweilig verstärkte Heeresaktivität.

Nördlich von Tavincourt brachten Sturmtruppen durch schnellen Vorstoß gegen französische Gräben eine größere Anzahl Gefangene ein.

Gestern wurden im Luftkampf und von der Erde aus 18 Flugzeuge abgeschossen.

Unsere Flieger haben die Hafenanlagen von Calais, sowie London, Cherbourg, Gravesend, Chattam, Dover und Margate mit Bomben angegriffen. Große und zahlreiche Brände kennzeichnen ihre Wirkung.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die bevollmächtigten Vertreter der Obersten Heeresleitungen Deutschlands, Österreichs, Ungarns, Bulgariens und der Türkei haben mit den bevollmächtigten Vertretern der russischen Landes für die Front von der Dnieper bis zum Schwarzen Meer, sowie auf den türkisch-russischen Kriegsschauplätzen im Osten Waffenuhruhe für die Zeit vom 7. Dezember 1917, 12 Uhr mittags, bis zum 17. Dezember 1917, 12 Uhr mittags abgeschlossen.

Die Verhandlungen zur Herbeiführung eines Waffenstillstandes werden in einigen Tagen fortgesetzt werden.

Mazedonische Front.

Keine größere Kampfhandlung.

Italienische Front.

Der am 4. Dezember in den Sieben Gemeinden eingeleitete Angriff der Heeresgruppe des Feldmarschalls Conrad brachte große Erfolge. Österreichisch-ungarische Truppen haben die starken italienischen Stellungen im Meliccia-Gebirge zurückgeworfen und gegen mehrfache Gegenangriffe behauptet.

Deutsche Artillerie hat im Kampfe mitgewirkt. Bisher wurden über 11 000 Italiener gefangen und 60 Geschütze erbeutet.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

W.W. Berlin, 6. Dezember. (Amtlich.) Die bevollmächtigten Vertreter der Obersten Heeresleitungen von Deutschland, Österreich-Ungarn, der Türkei und Bulgarien haben am 5. Dezember mit den bevollmächtigten Vertretern der russischen Obersten Heeresleitung eine Waffenuhruhe von 10 Tagen für sämtliche gemeinsame Fronten schriftlich vereinbart. Der Beginn ist auf den 7. Dezember, 12 Uhr mittags, festgesetzt. Die 10-tägige Frist soll dazu benutzt werden, die Verhandlungen über den Waffenstillstand zu Ende zu führen. Zwecks mündlicher Berichterstattung über das bisherige Ergebnis hat sich ein Teil der Mitglieder der russischen Abordnung auf einige Tage in die Heimat begeben. Die Kommissionsitzungen dauern fort.

Gestalt französischer Miniaturen nachzuweisen. Im Gegensatz zu Frau Drexel-Braudmann vertritt Dr. H. Schmitz die Ansicht, daß die Lübedische Malerei während dieser Periode hauptsächlich von der westfälischen Schule (Conrad von Soest) beeinflusst worden ist, und zwar nicht nur hinsichtlich des Stiles und der Färbung, sondern auch der Kompositionen — eine Ansicht, die mit dem, von dem Vortragenden in dieser Frage vertretenen Standpunkte, sowie mit demjenigen Ad. Goldschmidts im wesentlichen in Einklang steht.

Was die Herkunft der Motive anlangt, so dürfte eine Vermittlung zwischen diesen gegenteiligen Anschauungen möglich sein, insofern die westfälische Schule, da auch sie ihre Motive zum großen Teile der französisch-burgundischen Kunst entnahm, in allen Fällen der Lübedischen diese vermittelt haben könne, hinsichtlich des Stiles und der Färbung aber erscheint eine Ueberbrückung der Gegen-

sätze unmöglich. In diesem Falle kann nur eine der ausgesprochenen Meinungen zu Recht bestehen. Da Dr. Schmitz, der sich seit Jahren mit der mittelalterlichen westfälischen Malerei beschäftigt hat, zurzeit wohl als der gründlichste Kenner derselben gelten darf, kann es nicht schwer halten, in dieser Frage die richtige Entscheidung zu treffen. Der Vortragende berührte und demonstrierte vermittels eines reichen Bildmaterials alle die von Frau Drexel behandelten, teils hier, teils an anderen Orten Deutschlands oder endlich in Kurland, Dänemark und Schweden befindlichen Werke der Lübedischen Tafelmalerei, nahm, wo sich hierzu Anlaß und Gelegenheit bot, Stellung zu den von Frau Drexel-Braudmann ausgesprochenen Urteilen und Anschauungen, und berücksichtigte dabei auch die Ansicht dieser und anderer mit ihnen in stilistischer Verwandtschaft stehender, in Lübeck geschaffener Werke, wie dem Hochaltar unserer Jakobikirche vom Jahre 1435, jetzt im Großherzoglichen Museum zu Schwerin, die Altäre von Gadebusch, von Boeslunde in Dänemark, sowie besonders das bedeutendste und schönste Werk, das die Holzskulptur jener Tage hier hervorgebracht hat, den ursprünglich in Neustädten in Ostholstein, jetzt im Thaulow-Museum zu Kiel befindlichen Marienaltar. Insbesondere ging er auf die von Frau Drexel-Braudmann besprochenen Werke ein, die mit den Malereien des zwischen 1410 und 1425 entstandenen Hochaltars unserer Marienkirche im engsten stilistischen Zusammenhang stehen und von ihr mit diesem zu einer Gruppe, der „Lübeder Hauptschule“ bzw. der Lübeder Hauptwerkstatt zusammengefaßt worden sind: die Malereien des bereits erwähnten Hochaltars unserer Jakobikirche, mehrerer Altäre in Schweden und eines Altars in der Thomaskirche zu Erfurt. Er wies hierbei darauf hin, daß der Zahl dieser Werke auch noch der in der Siebenhäuserkapelle zu Schwartau aufbewahrte Altar der hiesigen Zirkelgesellschaft vom Jahre 1429 etwa, einzureihen sei, und verteilte im Gegenlatz der Verfasserin, welche den Schöpfer des Jakobikirchenaltars als Schüler des Meisters, der die Gemälde des Hochaltars der Marienkirche geschaffen hat, betrachtet, die Ansicht, daß es sich bei diesen Künstlern um ein und dieselbe Person handeln dürfte.

Ein Versuch, die Frage zu lösen, wer unter den sechzehn Künstlern, die in der Zeit zwischen 1400 und 1450 hier wirkten, als Leiter der Hauptwerkstatt in Betracht gezogen werden können, führten dazu, diese dahin zu beantworten, daß eigentlich nur ein einziger Künstler, der Master Jacobus Hoppener, welcher von 1407 bis 1458 hier nachweisbar ist, als solcher in Frage kommen kann. Bei dieser Gelegenheit nahm der Vortragende Anlaß, in einem längeren Exkurs einmal einen kurzen Blick auf die in der Zeit zwischen 1400—1500 in der Entwicklung der Lübedischen Kunst zu unterscheidenden Perioden zu werfen; auf eine Anzahl von hiesigen, sowie auswärtigen, insbesondere schwedischen, Gelehrten verfiel, seit 1900 erschienenen Veröffentlichungen, welche für die Geschichte der Lübedischen Kunst dieser Zeit von Bedeutung sind, hinzuweisen und eine Reihe von neuen Nachrichten über die damals hier tätigen Künstler mitzuteilen. Die von anderer Seite ausgesprochene Meinung, daß es am meisten Wahrscheinlichkeit für sich habe, daß als Schöpfer der bedeutendsten Treibschiffwerke, welche sich hier aus dem ersten Viertel des 15. Jahrhunderts erhalten haben — der „Darsjopiden Madonna“, sowie der mit ihr verwandten Werke, wie der Pietät aus der Marienkirche, jetzt im Museum, u. a. m. — der zwischen 1406 und 1422 hier im Hause Königsstraße Nr. 13 wohnende Steinbildhauer Johannes Jung zu betrachten sei, veranlaßte ferner den Vortragenden ausdrücklich auf diese bedeutsame Frage einzugehen und im Zusammenhang hiermit die engen stilistischen Beziehungen, welche einerseits zwischen den um 1420 kreierten, oben erwähnten Steinbildwerken und den um 1400 geschaffenen Plastiken der Burgkirche, speziell der Aposteln, und andererseits zwischen diesen und bestimmten am Bremer Rathaus vorhandenen, in den Jahren 1405 und 1406 von einem Meister Johannes angefertigten Statuen bestehen, zu erläutern.

Endlich konnte der Vortragende noch darauf aufmerksam machen, daß eine, in einem älteren Bande der Mitteilungen zur Lübedischen Geschichte enthaltene Angabe Senator Dr. Brechmers, ihm die Handhabe geboten habe, nachzuweisen, daß ein ehemals im Brigittenkloster Rudendal bei Ubo in Finnland, jetzt im Historischen Museum zu Helsingfors befindlicher Altarbild, dessen Mittelstück eine Darstellung der Heil. Dreifaltigkeit enthält, ein 1458 von dem hiesigen Bildhauer und Maler Hans von dem Sagen geliefertes Werk sei.

Die Lübeder Nationalliberalen haben nunmehr die Zeit für gekommen erachtet, wo auch sie in einer öffentlichen Versammlung der Welt zeigen wollten, daß ihr Volk nichts von einem Frieden der Verständigung wissen will. Am Dienstag tagten sie im Saale des Bürgervereins, der nur ein verhältnismäßig sehr kleinen Zahl von Personen Raum zu gewähren vermag. Obwohl die sogenannte Vaterlandspartei, der Alldeutsche Verein und noch verschiedene andere ähnliche Organisationen ihre Mitglieder zum Besuche dieser öffentlichen Veranstaltung aufgeboten hatten, erwies sich der Saal als viel zu groß für die wenigen Erhaltenen. Das hielt natürlich den als Redner erstellten Generalsekretär Dr. Hugo Berlin, der das Thema „Der Krieg und die deutsche Zukunft“ sich erkoren, nicht ab, große Worte zu machen und zu fordern, daß Kurland und Livland in die deutsche Machtphäre gelangen, daß die flandrische Küste annektiert wird und Kriegsschadigungen seitens der anderen gezahlt werden. Natürlich hauptsächlich im Interesse der Arbeiter, die allerdings genau wissen, welche „Freunde“ sie an den Nationalliberalen haben. Mit dieser „Rundgebung“ vereinzelter Personen können die Nationalliberalen wenig Staat machen. Das empfinden sie wahrhaftig selbst und deshalb verneht ihr hiesiges Organ seinen Bericht mit dieser wenig kräftigen Einstellung:

„Die öffentliche Versammlung des Nationalliberalen Vereins am Dienstag abend im Bürgerverein war nicht besonders gut besucht. Liegt das an der wenig ausgesprochenen Haltung der Nationalliberalen oder an der Politikmäßigkeit im allgemeinen? Zu Eingang der Versammlung rechtsfertigte der Vorsitzende die politische Latenzhaftigkeit des Nationalliberalen Vereins in Lübeck aus Gründen des Burgfriedens und des Gedankens der Einigkeit.“

Auf den naheliegenden Gedanken, daß der schlechte Besuch darauf zurückzuführen ist, daß man in unserer Bevölkerung von der propagierten Eroberungspolitik nichts wissen will, ist das Blatt begreiflicherweise nicht gekommen.

Hoppentabak. Der Bundesrat hat in der Sitzung vom 29. 11. Hopfen als Tabakerzatzstoff bei der Herstellung von Tabakwaren nach näherer Bestimmung des Reichsanwalters und nach Maßgabe der Tabakerzatzstoffverordnung bis auf weiteres zugelassen. Auf Grund dieser Ermächtigung hat der Reichsanwalt zur Sicherstellung des Hopfenbedarfs der Brauereien die Verwendung von Hopfen zunächst nur zur Herstellung von zigarettenherstellenden Rauchtabak und Zigaretten gestattet. Die hierbei zu verwendende Menge ist vorläufig auf 10 v. H. der den einzelnen Rauchtabakherstellern zur Verarbeitung überlassenen Tabakmengen, wobei für je 1000 Stück Zigaretten 1000 Gramm Tabak in Anlaß zu bringen sind, beschränkt worden. Weiter ist aus gesundheitlichen Gründen bestimmt worden, daß das Mischungsverhältnis des Tabaks zum Hopfen bei den einzelnen Tabakerzeugnissen 20 v. H. Hopfen nicht übersteigen darf. Zur Herstellung von Waren, die Tabak nicht enthalten (tabakfreie Waren), ist die Verwendung von Hopfen nicht gestattet worden. Ob unter Mitverwendung von Hopfen hergestellte Tabakerzeugnisse als Heereslieferungen zugelassen werden, steht zurzeit noch nicht fest. Rauchtabak- und Zigarettenhersteller, die künftig Hopfen verwenden wollen, müssen gemäß den Bestimmungen der Tabakerzatzstoffverordnung vorher die Genehmigung des zuständigen Hauptamts einholen.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 5. Dezember. (Amtlich.) Durch die Tätigkeit unserer U-Boote wurden auf dem nördlichen Kriegsschauplatz wiederum 12 000 Brutto-Register-Tonnen versenkt. Unter den vernichteten Schiffen befanden sich ein beladener bewaffneter englischer Dampfer, ferner ein Segler, der mit einem U-Boot zusammenarbeitete. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Genf, 5. Dezember. Der „Neuport Herald“ meldet aus New York: Präsident Wilson befahl dem Staatsdepartement, zur Klärung der Vollmachten des bisherigen russischen Botschafters in Washington direkte Verhandlungen mit der russischen Regierung aufzunehmen. Die Erklärungen Wilsons lassen den Schluss zu, daß der Präsident die maximalistische Regierung unter Vorbehalt anerkennen werde.

Amsterdam, 5. Dezember. Die Londoner „Daily Mail“ meldet aus Petersburg: Die Abordnungen der Kriegführenden zur Besprechung eines Waffenstillstandes sind übereingekommen, nur über den Waffenstillstand zu verhandeln und die Friedensfrage einer europäischen Konferenz zu überlassen.

Bürgerliste.

Als Lübeckische Staatsbürger sind angenommen und vereidigt: Stellmachergefelle Baschow, Bäckergefelle Baumgarten, Zimmergefelle Beck, Klempnergefelle Beck, Unterwilder Beck, Müllter Berg, Buchhalter Böttcher, Rentempfinger Bone, Barbier und Friseur Brandes, Arbeiter Busch, Bohrer Buske, Maurergefelle Dähn, Bahnhofsvorsteher Eggers, Schuhmann Eichmeier, Vorzeichner Fehlow, Arbeiter Frank, Bäckergefelle Gehlsen, Arbeiter Gröning, Arbeiter Groß, Arbeiter Heilmann, Kunstgärtner Karsten in Schönböden, Oberbahnassistent Kaul, Obermeister Krauer, Kutscher Koop, Arbeiter Krage, Bildhauer Mangel, Arbeiter Mellahn, Schlachtergefelle Müggenburg, Prokurist Niemann, Eisendreher Oldenburg, Straßenbahnwagenführer Person, Arbeiter Radzikowski, Arbeiter Resorf, Lokomotivpuffer Rings, Zimmergefelle Röttiger, Arbeiter Rosenberg in Dummerdorf, Arbeiter Scheller, Bäckermeister Schlichter, Buchdruckermeister Schmidt, Händler Schwarz, Tischlergefelle Seuke, Bauarbeiter Sparr, Bierdruckapparatreiner Steinfatt, Legetarbeiter Ulrich, Kesselschmied Uxahl, Kaufmännischer Agent Wolquartz, Oberkellner Witt, Oberzollverwalter und Rechnungstat Wilrodt, Postschaffner Witt, Arbeiter Wittuhn, Kohlenhändler Wulfbrandt.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Schokolade.

Laut Bekanntmachung wird demnächst den Kindern hiesiger Stadt im Alter von 2 bis 5 Jahren je eine Tafel Schokolade zu 100 Gramm verabfolgt werden.

In Hamburg wird im Laufe des Dezember an Kindern im Alter von 3 bis 14 Jahren ebenfalls ein Päckchen Schokolade von 100 Gramm verteilt.

Warum kann Lübeck nur an vier, Hamburg dagegen an zwölf Altersklassen eine solche Verteilung vornehmen?

Die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle wird um Antwort gebeten. Ein Familienvater.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Kömigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stellung, Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

gefangenen einen Mantel gestohlen hatte. — Festgenommen wurde ferner ein Maschinenlofer, der auf dem hiesigen Bahnhofe mehrere wollene Decken gestohlen hatte.

Mehrschötl. Feuer. Das in Resdorf bei Ottenhof gelegene Wohnhaus des Schüfers Voh ist niedergebrannt. Das Feuer verbreitete sich infolge des heftigen Sturmes mit solcher Schnelligkeit, daß die Bewohner durch Brandwunden verletzt wurden. 7 Kühe und 2 Pferde wurden in Raub der Flammen. Ferner sind in dem Hause, in dem gleichzeitig Käuerei betrieben wurde, größere Mengen Rauchwaren verbrannt.

Altona. Ein ungetreuer Angestellter. Unter der Aufsicht eines hiesigen Kaufmanns zu haben wurde der Kaufmann einer hiesigen großen Firma festgenommen. Der Beschuldigte hat zugegeben, einen Teil des Geldes für sich, aber im Interesse der Firma verbraucht zu haben, indem er mit Kunden des Geschäftes Hotels, Restaurants und Vergnügungstätten besuchte.

Ishoe. Zwei Personen durch Gas erstickt. Im Hause Sieversstraße 20 wohnten seit einigen Tagen die Eheleute Gasarbeiter Richard Gutfreud mit zwei kleinen Kindern. Dienstag mittag erfolgte in der Wohnung ein lauter Knall, worauf Nachbarn herbeieilten und beide Eheleute in der mit Gasdunst gefüllten Küche bei einer brennenden Petroleumlampe tot auf dem Fußboden fanden. Die beiden Kinder spielten im Bett der angrenzenden Schlafkammer und waren unverletzt. Die Eheleute waren durch das aus einem abgeschraubten Gasrohr entströmende Gas betäubt worden und erstickt. Der frühere Wohnungsinhaber hatte keine Gaslampe abgenommen und das Rohr nicht wieder zugedichtet.

Altenrade. Große Feuer. Auf dem Meter Mattheisenischen Hofe und der große Kuhstall und eine Scheune niedergebrannt. Das Feuer brach aus dem Stall heraus und brach, aber ein Eindringen in den Hof war mit der größten Lebensgefahr verbunden. 48 Stück Vieh wurden durch die Flammen vernichtet, ferner ein Teil der Futtermittel und der Gänge. Man nimmt als Ursache Brandstiftung an.

Harburg. Ein mutmaßlicher Mord ist an der 20-jährigen Tochter eines Gutmachers in Sandhöfen an der Otze verübt worden. Das junge Mädchen war zu einem Besuch ihrer Freundin in ein benachbartes Dorf gegangen und hatte sich abends auf den Heimweg begeben, als sie bei den Eltern nicht anlangte. Man fand Spuren, die darauf hindeuten, daß das Mädchen an die Otze gefahren und dort wahrscheinlich die Leiche in die Otze geworfen worden ist. Man hat die Leiche bis jetzt noch nicht gefunden. Der Täter ist verdächtig ein tüchtiger Knechtseingehörer, der bei dem Vater des jungen Mädchens beschäftigt ist.

Soziales.

Volkshausbund. Am Sonntag, dem 2., fand im Berliner Rathaus unter dem Vorsteher von Bürgermeister Dr. Reide die Gründungsverammlung des Deutschen Volkshauses statt. Nachdem Landeswohnungsinspektor Dr. Kampffmeyer-Karlsruhe, ausführlich über Ziele und Wege des Bundes gesprochen hatte, wurde in der Ausprache der Gedanke des Volkshauses von Vertretern aller Stände und Berufe aus dem ganzen Reich in seinem innigen Zusammenhange zu fast allen kulturellen Fragen unserer Zeit erörtert, so daß sich eine unerlöschliche Fülle von Beziehungen und Ausblicken ergab. Die Abgeordneten der Turnerschaft, der Jugendbewegung, der Arbeiterkassen, der Bühnengehörigen, der bildenden Künstler, kurz alle, denen die geistige Entwicklung unseres Volkes am Herzen liegt, sprachen begeistert ihre Zustimmung aus. Zum Vorsitzenden wurde Bürgermeister Dr. Reide gewählt, zum Schriftführer Dr. Ahlhorn-München. Aus Lübeck wurde Oberlehrer Schomburg, der für die Jugendbewegung sprach, in den Vorstand gewählt.

Freie Jugend Lübecks. Monatsprogramm für Dezember: Sonntag, den 2.: Wanderung nach Padelisloe. — Mittwoch, den 5.: Vortrag des Genossen Stellung über Rußland. — Donnerstag, den 6.: Allgemeine Unterhaltung. — Freitag, den 7.: Diskussionsabend. — Sonntag, den 9.: Wanderung nach Waldhusen, Abmarsch 1/2 Uhr vom Lindenplatz; abends: Vortrag des Gen. Tejs über „Ziele unserer Jugendbewegung“. — Mittwoch, den 12.: Vortrag des Genossen Bromme über Emile Zola. — Donnerstag, den 13.: Allgemeine Unterhaltung. — Freitag, den 14.: Diskussionsabend. — Sonntag, den 16.: Wanderung nach Falkenhüsen, Abmarsch 2 Uhr Mühlenbrücke; abends: Gesellschaftsspiele. — Mittwoch, den 19.: Vortrag des Genossen Paul Hoff über die Reichsversicherungsordnung. — Donnerstag, den 20.: Allgemeine Unterhaltung. — Freitag, den 21.: Diskussionsabend. — Sonntag, den 23.: Besichtigung des Naturhistorischen Museums; abends: Einübung von Weihnachtstexten. — Dienstag, den 25.: Weihnachtfeier. — Mittwoch, 26.: Märchenvorlesung. — Donnerstag, 27.: Allgemeine Unterhaltung. — Freitag, den 28.: Diskussionsabend. — Sonntag, den 30.: Spaziergang über Brandenbaum, Abmarsch 3 Uhr Moltkebrücke.

Einziehung der Reichskasse. Das Reichspostamt hat folgende Verfügung an die Reichsämter erlassen: Die bei den Reichsämtern befindlichen oder noch eingehenden Reichs- und Fiskuspoststücke aus Nickel sind nicht wieder auszugeben, sondern der nächsten Reichsämterstelle durch die zur Entgegennahme der Barüberhänge bestimmten Postkassen zuzuführen.

Lübeckisches Adressbuch 1918. Einwohner- und Gewerbeverzeichnis liegt Freitag 7. und Sonnabend 8. Dezember für jedermann zur Einsicht aus; bei den bedeutenden Veränderungen ist dringend zu raten, sich von der nächsten Ausgabe vor dem Druck zu überzeugen, da die Schlußleitung jede Verantwortung für unrichtige Angaben ablehnen muß. Schluß der Aenderungsannahme 7 Uhr.

Volksmusikalisches Konzert. Das nächste vollständige Konzert bringt ausschließlich Werke Richard Wagners. Das ganz besondere Interesse der Hörer wird sich an diesem Abend zweifellos der hier zum ersten Male aufgeführten C-Symphonie, einem Jugendwerke, zuwenden, die erst seit nunmehr 6 Jahren der Öffentlichkeit bekannt geworden ist. Verloren ist die erste Abteilung mit der holländischen Caperture. Die zweite Abteilung bringt Stücke aus den „Meistersingern“, der „Walküre“ (Wotans Abschied und Feuerzauber) und „Abernold“ (Einzug der Götter in Walhall).

pb. Ein Schwein gestohlen. In der Nacht zum 3. ds. Mts. ist einem in Al. Grönuu wohnhaften Pächter ein Schwein im Gewichte von 200 Pfund gestohlen worden.

pb. Entwendete Stahlkroße. In der Nacht zum 4. ds. Mts. ist von einem in Kluzhafen festgemachten Kahn, eine 75 Meter lange und 16 Millimeter starke Stahlkroße gestohlen worden.

pb. Stiefeldiebstahl. Am 4. ds. Mts. sind einem in der Segebergstraße wohnhaften Eisenbahnkassierer ein Paar schwedische Herrenstiefel, ein Paar Damen- und drei Paar Kinderstiefel gestohlen worden. In dem Verdacht der Täterschaft steht ein unbekannter Holzwarenhändler, dessen eine Hand verkrüppelt sein soll. Personen, die nähere Auskunft geben können, werden ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

pb. Jugendliche Ausreißer. Am 19. v. Mts. wurde in Hamburg ein 16-jähriger Knabe angehalten, der dort umherirrte. In seinem Besitz fand sich ein Damen-Portemannaie mit rundem Hügel und Kugelschluß mit einer Summe Geldes. Wie sich bald herausstellte ist der Knabe seinen hier wohnhaften Eltern entlaufen gewesen, um sich Hamburg anzusehen. Das Portemannaie will er am 17. v. Mts. in der Kalandstraße gefunden haben. Diese Angabe erscheint aber ungläubhaft, vielmehr ist anzunehmen, daß dieses von einem Diebstahl herrührt. Sachdienliche Mitteilung hierüber nimmt die hiesige Kriminalpolizei, Schußfelden 16, entgegen.

pb. Verhaftungen. Ermittelt und festgenommen wurde ein Matrose eines in Schlußup liegenden Dampfers, der einem bei der dort befindlichen Erantabstelle arbeitenden französischen Knecht-

Bekanntmachung.

Die Geschäftsräume des Ausschusses für Kriegshilfe und der Städtischen Kartoffelstelle, Königstraße 13, sind für den öffentlichen Verkehr:

vormittags von 8—1 Uhr
und nachmittags von 2 1/2—5 Uhr

geöffnet.

Zahlungen werden jedoch nur vormittags von 8—1 Uhr entgegengenommen und geleistet.

Die Sprechstunden der Träger für die Unterstützten sind nach wie vor vormittags von 9 bis 11 Uhr.

Lübeck, den 5. Dezember 1917. (8921)

Ausschuß für Kriegshilfe.

Bekanntmachung

betreffend die Anmeldung schulpflichtiger Kinder zur Aufnahme in die Volks- und Bezirksschulen.

Es wird hierdurch in Erinnerung gebracht, daß die Schulpflicht mit dem auf das vollendete sechste Lebensjahr folgenden Oetern beginnt. Kinder, welche bis zum 30. April 1918 das sechste Lebensjahr vollenden, können ohne weiteres, die, welche zwischen Oetern und Vollendung des sechsten Jahres aufgenommen werden, wenn sie nach einem ärztlichen Zeugnis gesund und kräftig sind.

Kindern, deren Kinder zu Oetern 1918 in eine hiesige oder sonstige hiesige Volksschule oder in eine Schule des durch Gesetz vom 13. November 1912 eingesetzten anderen Gebietes (Dorpsland, Rüdow, Schwaan, Malsch, Hohen und Hohenhagen) aufgenommen werden sollen, werden hierdurch angefordert, die Kinder baldmöglichst, spätestens aber bis zum 20. Dezember 1917, bei den Schulinspektoren der betreffenden Schule anzuzeigen.

Bei der Anmeldung ist vorzubringen: 1. der Taufnamen oder, wenn dieser nicht vorhanden ist, der Geburtsnamen des Kindes; 2. der Schein über die Wiederimpfung, wenn das Kind über 12 Jahre alt ist; 3. das letzte Schulzeugnis, wenn das Kind bereits eine andere Schule besucht hat. (8914)

Lübeck, d. 28. Novbr. 1917.

Die Oberstadtkreuz.

Stukkateurlehrling

Sucht: Bildhauer Köhne, (8912) Schwanenb. 72.

Eine Bahnhofshalle und ein Tunnel zu verkaufen. (8924) Schwanenb. 47, 1.

Geht ein Zimmerdieb er und Kuchendieb mit Namen: Angeb. mit Preis unter WE an die Wred. (8911)

Freies Schwarzfahrer

Karl Lakertz, 14-16. (8920)

Zentral-Krankenkasse der Schuhmacher.

Am Sonntag, dem 2. Dezember, wird unter langjähriges Mitglied

Ferdinand Dose.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, d. 8. Dezember nachmittags 2 1/2 Uhr, an dem hiesigen Friedhof statt.

Um freie Teilnahme ersucht.

8918: Die Ortsverwaltung.

Verein selbständiger Schuhmacher Lübeck.

Am Sonntag, dem 2. Dezember, wird unter langjähriges Mitglied

F. Dose.

Die Beerdigung findet statt am Sonnabend 2 1/2 Uhr auf dem hiesigen Friedhof.

8922 Der Vorstand.

Am Mittwoch morgen entließ seine nach langem Leiden, mit starker Geduld ertragenem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter

(8923)

Lübeck, d. 28. Novbr. 1917.

Marie Möller geb. Buer

im 54. Lebensjahre, tief betrauert von den Ihrigen.

Heinrich Möller und Kinder.

Städt. d. 8. Dez. 1917.

Bestattungsa. 2.

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 10. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, in der Kapelle des hiesigen Friedhofs statt.

Lübeckisches Adressbuch 1918

Einwohner- und Gewerbeverzeichnis liegt Freitag, den 7. und Sonnabend, den 8. Dezember, für jedermann zur Einsicht aus.

Schluß der Aenderungsannahme Sonnabend 7 Uhr.

Fernruf 499. **Max Schmidt, Mengstr. 16.**

Freitag und sonnabend: eine Schiffsladung Steckrüben

ab Schiff Obertrave, Abgabe Fuhr- und Zentnerweise

à Zentner 4.60 Mk.

Wilhelm Süke, Warendorpstr. 25. Fernruf 8822. (8925)

C. Heese, Meierstr. Fernruf 835.

Bilderleisten einrahmungen

Oscar Tauchnitz, Glashandlg., Fleischhauerstr. 35. Fernruf 2808.

Rechnungs-Formulare

werden bereitgestellt in der Buchdruckerei „Lüb. Volksbote“

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung am Sonnabend, dem 8. Dezember abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:

1. Bericht betreffs Teuerungszulagen.

2. Urabstimmung.

Der Vorstand.

Alle Arbeiter

kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei

Otto Albers

Markt 4. Kohlmarkt 10.

Mitgl. des Rab.-Sparv. Cubeca.

Zeitschriften aller Art.

Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Hansa-Theater.

Heute

abends 7 Uhr. (8917)

O schöne Zeit, o selige Zeit

Stadttheater.

Donnerstag, d. 6. Dez. 1917

Anfang 7 Uhr:

Jedermann.

Ein Spiel vom Serben des reichen Mannes.

Erneuert von Hugo von Hofmannsthal.

Musik von E. Nilson.

Freitag, den 7. Dezbr. 1917

Anfang 6 1/2 Uhr:

Gastspiel von Richard Schubert vom Stadttheater Hamburg:

Lohengrin.

Sonnabend, d. 8. Dezbr. 1917

Anfang 7 Uhr:

Die verlorene Tochter

Sozialdemokratische Angst vor dem Frieden.

So sonderbar es klingt, es gibt auch Sozialdemokraten, die jetzt, da greifbare Friedenssicht im Osten vor uns steht, plötzlich Angst vor dem Frieden bekommen. So sind z. B. „Der Volk“ und „Stadtholmer Sozialdemokraten“ vom Sieg der Bolschewiki, von der Preisgabe der Geheimverträge und dem festen Entschlusse raschester Kriegsendigung gar nicht erbaut. Aber es gibt selbst bei den Mittelmächten sonderbare Heilige, die sich für Sozialdemokraten halten und den Friedensschluß bekämpfen.

So beschwört im „Kampf“ Karl Winter die Bolschewiki, doch ja nicht die Waffen gegenüber dem imperialistischen Deutschland zu strecken und keinen Frieden auf den von den Mittelmächten ersehenen Grundlagen anzuschließen. Auch die sozialistische „Tribüne“ wird nicht müde, Rußland vor einem Verständigungsfrieden mit Deutschland zu warnen.

Im österreichischen Abgeordnetenhaus hat der tschechoslawische Sozialdemokrat Modratschek die Debatten über die Kriegsangelegenheiten aus der Zeit des Grafen Saurigs und über die Kriegsgewinnsteuer benutzt, um seinem bitteren Schmerz über den Sieg der Bolschewiki Ausdruck zu geben. Die russische Revolution zerstöre ihre eigene Macht und komme als Hoffnung unerdüchter Wälder nicht mehr in Frage. Modratschek jürdet nämlich, daß die Leninisten Frieden schließen könnten, während er als ganz utopischer Tölpel natürlich erwartete, daß sie den Krieg fortsetzen sollten, bis die Gründung des tschechischen Staates durch die Friedenskonferenz gesichert sei — und lägen dann auch die meisten tschechischen Männer schon tot im Maschinengrab. Herr Modratschek findet die Bolschewiki-Revolution noch deswegen besonders sinnlos, weil die deutsche Sozialdemokratie nicht mit der russischen gleichen Geistes, sondern imperialistisch sei.

Gegen solche merkwürdigen Sozialisten, die den Frieden fürchten, wendet sich ein Prolet eines einfachen Arbeiterlesers in einer Zuschrift an „Der Volk“. Der holländische Genosse schreibt gegen die Redaktion des Blattes:

„Es gibt Momente, wo der philosophierende Verstand das nach Ausdruck drängende Gefühl der Bitterkeit nicht mehr zu weikern vermag. Ein solches Moment ist jetzt gekommen. Sie es wagen, den verzweifelten Anstand des spritzenden russischen Volkes, das monatelang seine Verbündeten vergeblich zu einer Friedensunterzeichnung einlud, in einer schulmeisterlichen Art zu behandeln, die Ihnen nicht zuteilt gegenüber einem Volke, das erst vor der zaristischen Regierung und dann von Kiewsk herrigen wurde, seien hier einige Worte des Protestes gestattet. Millionen von Russen werden den Zielen der Entente geopfert. Ist das nicht genug? Haben Sie die Revolution gemacht, um nach 8 Monaten in den Schützengräben zu hungern zu tun, die Oberungsgefühle Frankreichs, Englands und Italiens? Sehen Sie die mit ihrem Blute erkaufte Revolution durch den Krieg zunichte machen lassen, den die Entente nicht beenden will, weil Sie ihre schmachwürdigen Ziele noch nicht erreichen konnten?“

Wären diese Worte auch bei den „neutralen“ Sozialisten in den Wind gesprochen sein, denen ihre Feindschaft gegen Deutschland wichtiger ist, als ihre Liebe zum Sozialismus und zum Frieden, so treffen sie gleichwohl den Kern der Frage, den glücklicherweise die russischen Sozialisten jetzt klar erfasst haben.

Hindenburg und Ludendorff über Kriegslage und Waffenstillstand.

Die „Wiener Neue Freie Presse“ veröffentlicht einen Bericht über ein Gespräch ihres Berliner Korrespondenten Dr. Paul Goldmann mit Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff im Hauptquartier:

Die Rheider Burg.

Ergählung von Leon Schilling.

18. Fortsetzung.
„Nun, ich bin nicht gerade vom Hofe“, antwortete der Beamte, „ich heiße Ermanns und bin nichts als ein einfacher Exploze — und ich hoffe, wie gesagt, daß ich nur für kurze Zeit werde müßig zu sein brauchen. Denn was ich eigentlich gar nicht weiß, was da die ist, unteruchen Sie. Wir haben den Hausmeister vernommen — man braucht diesen Schlüssel nur einmal zu sehen und zu hören, um überzeugt zu sein, daß auf ihn kein Verdacht fallen kann. Das selbe ist mit dem Schlüssel der Frau. Es ist ein Mensch, der schon seit zwei oder drei Jahren im Dienste des Grafen war. Er hat einen guten Lohn bekommen, ist vom Grafen gut behandelt worden, ja, hat dessen besondere Gnade genossen, wie schon daraus hervorgeht, daß der Graf ihn ausgewählt hat, seinen Begleiter hierher zu machen und keine einzige Bestimmung zu machen. Er hat nur Nachteil vom Tode seines Herrn. Auch liegt man die Schlüssel, die Spuren des Säckereis und aufrichtigen Bedauerns im ganzen Weizen und der ganzen Haltung des Menschen. Nun ist aber dieser Keitner der einzige, der viele Tat verricht haben könnte. Die Hausmeister der Rheider Burg wurden, so hat der Hausmeister sich ausgesagt, von letzterem selber am letzten Abend verhaftet; der Keitner war der einzige, welcher wieder in die Burg konnte; denn bevor er hinausgegangen, um sich im Nebengebäude, in einer Kammer über dem Pferdestall zu Ruhe zu begeben, hat er sich einen Schlüssel zur vorderen Haustür geben lassen, um am Morgen in der Frühe zu seinem Herrn kommen zu können und nicht von des Hausmeisters längerer oder kürzerer Schlaf abhängig zu sein. Den Keitner aber, sehen wir, trifft kein Verdacht; irgendeine Spur, daß ein dritter durch Fenster oder Türen eingebracht, ist nicht aufzufinden. Gerührt ist nicht das mindeste. Wer also, uns Himmels willen, sollte der Täter sein, wenn nicht der Graf selber? Was ist da nun zu machen? Ich weiß in der Tat nicht, was ich noch tun unteruchen soll! Die wichtigsten Bestimmungen sind bereits gegeben; ich denke, um zu zeigen, daß man nicht gleichgültig gegen die Sache ist, läßt man eine Bloßlegung von tausend Frank für jeden, der etwas Erhebliches und die Unternehmung Förderndes beibringen kann, ausschreiben. Vielleicht fällt aber auch der Bericht der Herrin so aus, daß nicht einmal dies nötig ist.“

Während der Beamte so sprach und dabei es sich sehr gemächlich auf dem Kanapee bequem machte, um den Erzählungen zuzuhören, die eben von der Dienerin auf den runden davorstehenden Tisch aufgetragen wurden, hatte Ritterhausen mit etwas wie einem lächelnden Lächeln zugehört. Dies geschah ihm als

„Es steht alles gut“, begann Hindenburg das Gespräch. Ludendorff bekräftigte, daß die Kriegslage zu großer Zuversicht berechtige.

„Ueberwintern müssen wir freilich“, fuhr Hindenburg fort, „und einige Anstrengungen werden wir wohl noch machen müssen, wir sowohl wie unsere Verbündeten. Je mehr sich der Krieg dem Ende nähert, um so weniger dürfen wir die Kräfte sinken lassen. Nur festhalten und stark sein, dann kommt der Friede schon von selbst.“

Ludendorff fügte hinzu: „Den Termin des Friedens können wir nicht bestimmen, kein Heerführer kann das. Nur eins können wir mit Bestimmtheit versichern: Der Krieg wird nicht Remis abgebrochen werden. Er wird für uns günstig enden.“

Es scheint, als habe der Berichterstatter nicht ganz richtig gehört, wenn er soeben Hindenburg sagen läßt: „Wir stellen jetzt nicht mehr vom Frieden sprechen.“ Der Friede sei noch eine zu zarte Pflanze, um auf die Dauer Berührung zu vertragen. Angesichts der Tatsache, daß der Waffenstillstand im Osten seit dem 21. November eine Tatsache ist und die Friedensverhandlungen von Rußland dringt bevorstehen, erscheint es doch ganz unmöglich, nicht vom Frieden und von seiner Gestaltung zu sprechen.

Zur Frage eines allgemeinen Waffenstillstandes sagt weiter General Ludendorff:

Die Frage eines allgemeinen Waffenstillstandes wird schwierig sein. Ich will nur die eine Frage herausgreifen: Sollen sich während eines allgemeinen Waffenstillstandes unsere U-Boote jeder Kampfhandlung enthalten, während die Handelschiffe nach England, Frankreich und Italien fahren und die Lage der Seeener verbessern, während wir keine Zufuhr erhalten? Ein Waffenstillstand von drei Monaten, von dem oft gesprochen wird, ist reichlich lang. In dieser Zeit kann sich in den feindlichen Ländern vieles zu unserem Schaden verändern. Man muß sich in kürzester Zeit klar werden und zur Entscheidung kommen, wenn die militärische Lage nicht Schaden leiden soll. Wenn mir jemand sagt, die russische Revolution sei ein Glücksfall für uns, so protestiere ich immer. Die Revolution in Rußland ist kein Glücksfall, sondern die natürliche und notwendige Folge unserer Kriegführung.“

Zu dieser Ausführung Ludendorffs über die russische Revolution ist jedoch zu bemerken, daß sie nicht zu einer Verleumdung und Unterdrückung der selbständigen Leistung der russischen Revolution führen darf. Man kann bis zu einem gewissen Grade sogar auch umgekehrt feststellen, daß die innere Zerfällung Rußlands die deutschen Waffenerfolge herbeigeführt oder doch in hohem Maße unterstützt hat.

Besonderes Interesse erweckt, was Ludendorff über Amerika und den U-Boot-Krieg gesagt hat:

„Hätte sich nicht die Aussicht auf die amerikanische Hilfe eröffnet, so wären die europäischen Westmächte gewiß schon zum Frieden geneigter geworden... Der U-Boot-Krieg war richtig, er hat geleistet und leistet weiter, was wir von ihm erwartet haben. Wir haben nicht daran gedacht, daß unsere U-Boote England in ein paar Monaten aushungern würden. Wenn ich Ihnen Einblick in die Akten der Obersten Heeresleitung geben dürfte, so würden Sie daraus ersehen, daß wir von Anfang an mit dem U-Boot-Krieg weniger besondere als allgemeine Wirkungen haben hervorbringen wollen.“

Unser Ziel war nicht, England auszuhungern, sondern es zum Frieden geneigter zu machen. Das sollte durch die Verminderung des Schiffsraumes erreicht werden. Über den England verfügen kann, ohne daß damit gesagt ist, daß gerade der Hunger England zum Frieden zwingen muß. Nicht minder wichtig als die Lebensmittelzufuhr, ja vielleicht in mancher Hinsicht noch wichtiger, ist für England die Versorgung mit Kohle und Grubenholz. Hier treffen unsere U-Boote den Feind an seiner empfindlichsten Stelle.“

Der Eintritt Amerikas in den Krieg war als Folge des uneingeschränkten U-Boot-Krieges vorausgesehen und ist von sozialdemokratischer Seite für diesen Fall bestimmt prophezeit worden. Durch den U-Boot-Krieg konnte in dem

Monsieur Ermanns die Bemerkung machte: „Das alte Schloß dort oben — nebenbei gesagt, es macht sich recht hässlich und mauerlich, hier von Ihren Gemälden aus betrachtet — ist ein anheimliches altes Kastell. Der frühere Besitzer, hat man mir mitgeteilt, ist ja ebenfalls auf eine rätselhafte Weise ums Leben gekommen. Ist dem so? Erzählen Sie mir doch davon. Ich bin ein großer Liebhaber von dergleichen alten Geschichten. Ich finde sie viel unterhaltender als die empfindlichen Rittergeschichten und Legenden. Ich man bei uns im Elbe — ich bin aus dem Elbe gebürtig — von jedem alten Schloß und Steinhaufen auf den Bergen sich erzählt; es ist das edelmens Spinnwebgewebe: Märchen von Heiligen, Legenden und Wunder, welche die faulen Bäume, die Wälder in ihren Klüften umranken haben, weil sie nichts anderes zu tun hatten. Ein Mensch kann sich daran ergötzen, wenn er nicht einen Kollergerauchen hat. Aber Geschichten aus der neueren Zeit, wo man weiß, die Sache ist wahr, wo man es mit richtigen Leuten zu tun hat, nicht mit Feen oder verrückten Kobolden, die höre ich gern. Besonders Märchen. Sie nicht auch?“

Sie haben recht“, erwiderte Ritterhausen ein wenig gelehrt; „ich hätte unterlassen Sie jedoch nicht, sich von dem Weine einzuwickeln, der vor Ihnen steht. Sie werden ihn gut finden.“ „Ganz vorzüglich“, sagte der Beamte, sich einsetzend und ein Glas auf einen Zug leidend und dann wieder sich einsetzend: „Daher ich Ihnen nicht auch dorthin zu Ihrem Sorgenstuhl ein Glas bringen?“ „Ich sagte, der Wein ist mir unterlag“, versetzte der Hammerbesitzer.

„Da sind Sie zu bedauern“, meinte Monsieur Ermanns. „Wenn ich mich den Morgen mit meinen Affen herumgiblagen habe und endlich die Stunde da ist, wo wir schlafen, so daß man „Schloß!“ ausruft und die eckigen Gemächer unter den Tisch werfen kann, dann habe ich das dringendste Bedürfnis, mich mit einem Glas Wein zu erfrischen. Aber ich trinke nie viel. Höchstens zwei Gläser täglich. Leider habe ich vergessen, wie den Affen, nicht in meinem Keller. Dazu reicht außer jämmerlichem Gehalt nicht. Sie glauben nicht, wie erbärmlich schlecht wir ernten Employes gehalten sind! Wenn man uns zweitausend Frank gibt so glaubt man wunder, was man für uns getan hat und stellt Anforderungen an unsere Arbeitskraft, welche wahrhaft lächerlich sind! Man verachtet das Geld an das Militär und für uns bleibt nichts übrig; die Zivilverwaltung kann hungern.“ „Das ist nun einmal überall die Klage“, fiel Ritterhausen eifrig zustimmend ein. „Ich fürchte auch, daß unsere Staaten hart und besonders an dieser unverständigen Politik zugrunde gehen. Was ist unsere ganze Kultur, unsere spirituelle Zivilisation wert, wenn die Erderrückengänge derselben nicht ein fruchtbares Zusammenleben der Völker ist? Unsere Regierungen aber richten den Staat ein, als wäre der Kriegszustand das Bleibende, die Regel in der

pausifizischen Amerika eine Stimmung entstehen, die der Kriegspartei Oberwasser verschafft. Nun sagt aber Ludendorff: „Hätte sich nicht die Aussicht auf die amerikanische Hilfe eröffnet, so hätten die Westmächte sich gewiß schon zum Frieden entschließen müssen.“

„Glänzend kann die Stellung, die die sozialdemokratische Partei und Presse zu den Entschlüssen des 1. Februar einnahm, nicht gerechtfertigt werden!“

Die Noilage der Kriegsbeschädigten.

Im Hauptausschuß des Reichstags hat eine heftige Debatte um die Erhöhung der Rente der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen stattgefunden. Während der Staatssekretär v. Stein nur unverbindliche Erklärungen abgab, drängten die Redner der Sozialdemokratie, die Genossen Stücken und Ebert, auf sofortige Erhöhung der Renten um mindestens 50 Prozent. Bei dieser Gelegenheit wird es interessieren, daß in den „Mitteilungen“, die der Bund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer jetzt herausgibt, eine Reihe trauriger Fälle von Kriegsbeschädigten namhaft gemacht werden, so u. a. folgendes:

Ein Mitglied des Bundes in Dargen war als Lungenleidend aus dem Heeresdienst entlassen worden mit einer Rente von 30 Mk. monatlich. Da er hiervon unmöglich leben konnte, war er gezwungen, täglich zu arbeiten. Dies vertrat aber sein geschwächter Körper nicht, das Leiden verschlimmerte sich, bis ein schweres Lungenbluten jekt dem Tod des Bedauernswerten herbeiführte.

Ein anderes Mitglied des Bundes in Hannover, das 75 Prozent Rente und doppelte Verstümmelungszulage bezieht, versuchte sich Arbeit zu verschaffen, weil er von der Rente allein keine Familie nicht ernähren konnte. Nach langem vergeblichen Suchen hat ihm endlich die Göttinger-Hilfsheimersche Kreditgesellschaft einen Nachwächterposten für einen Tagelohn von 60 Pfennig an, für das Reinigen des Bürgersteiges sollte der Kriegsbeschädigte noch eine Extravergütung von 24 Mark im halben Jahre erhalten!

Solche Fälle führt das Mitteilungsblatt des Bundes noch eine ganze Anzahl an. Es ist höchste Zeit, daß hier geholfen wird.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zur Reichstags-Ergebnwahl in Bangen-Kamenj.

Die Vertrauensleute der konservativen Partei im 3. wahlkreise Barmen stellten am 1. Dezember als Kandidaten für die Erziehung an Stelle des verstorbenen Abg. Grafen den Stadtverordnetenrat Dr. Ernst Herrmann in Bangen einstimmig auf. Dr. Herrmann hat die Kandidatur angenommen, die vom Bunde der Landwirte und vom Ländlichen Wahlverein unterstützt wird.

Werden nun die Antisemiten an ihrem Kandidaten, Grafmeißler Weglich, festhalten?

Einziehungen von Heerespflichtigen durch die Zechenverwaltungen?

Von einer mehr als befremdlichen Art der Einziehung Wehrpflichtiger wird uns aus Dortmund berichtet. Danach verordnet das Bezirkskommando Dortmund II die Gefestigungsbeehle nicht mehr durch die Post direkt an die Einberufenen, sondern die Karten gehen den Zechenverwaltungen zu, welche sie dann ausgeben. Von Belegschaftsmitgliedern der Zechen „Pohlstein“, „Schleswig“, „Margarethe“ und „Vereinigter Schürbank“ wird sogar behauptet, daß die Betriebsführer unter den jungen Leuten Auslese halten dürfen und erst auf dem Zechenbureau die Namen der Wehrpflichtigen in die

Welt und der Frieden die Ausnahme. Sie verwenden alle Kräfte der Länder auf Kanonen, Musketen, Pferde und Kriegswägen. Nun wahrhaftig, dann sind wir ja weiter nichts als Türken, die nach dem Koran im Frieden, sondern nur Waffenstillstand schließen dürfen — wozu ist dann das Christentum und die Bildung da!“

„Ganz meine Meinung“, sagte Monsieur Ermanns, „aber um bitte ich, erzählen Sie mir doch die Geschichte von dem alten Herrn, der in der Rheider Burg angekommen ist.“

„Nun“, begann Ritterhausen, auf dessen Gesicht man deutliche Spuren wahrnahm, wie wenig bereitwillig er eigentlich war, auf diese Angelegenheit einzugehen, in gekünsteltem Tone: „Der alte Herr von Sudarow war in sehr übeln Verhältnissen.“

„Schulden?“

„Er hatte sehr viele Schulden.“

„Da sind Sie auch wohl mit einigen Pöschchen zu kurz gekommen?“ fragte mit dem harmlosesten Tone von der Welt und gleich als ob er den Hammerbesitzer damit aufziehen wolle Monsieur Ermanns.

„Ich — o nicht bedeutend! Ich hatte allerdings eine Forderung. Doch habe ich auch später aus dem Nachlaß eine Zahlung erhalten.“

„Es würde mich auch wundernehmen“, fiel der Exploze ein, „wenn Sie nicht hätten einiges Blut lassen müssen. Diese Herren Evidants in der guten alten Zeit waren im Gelaborgen bei ihren wohlhabenden Nachbarn nicht blöde. Sie waren dann höchst herablassend gegen den ersten besten Notarier, wenn er nur Meien hatte und die Propheten.“

„Ich stand nicht auf gutem Fuße mit dem alten Herrn. Wir führten einen Prozeß miteinander.“

„Den er verlor — oder gewann?“

„Gewann!“ sagte Ritterhausen.

„Und doch verloren Sie einen Posten an ihn?“ fragte Monsieur Ermanns in keiner unbefangenen Harmlosigkeit und sein Glas vom Munde führend weiter.

„Es war eine Summe, die er ursprünglich einem anderen Kaufleute und welche mir übertragen worden war.“

„Ach, ich verstehe“, sagte der Exploze. — „Sie hatten sie sich übergeben lassen, was ihm damit ein Paroli zu bieten, wenn er über Ihnen gewonnen und Prozeß zu laut triumphieren würde.“

„Nicht doch“, erwiderte Ritterhausen, sein Gesicht abwendend. „Ich hatte mir die Forderung von einem Freunde, der auf der Stelle Geld bedurfte, übergeben lassen.“

„Nun und dann?“

„Dann hat der alte Graf und ich habe für meine Forderung auch lange nach dem der holländischen Domänenkammer eine teilweise Zahlung erhalten.“

„Forderten Sie denn die Summe nicht schon von dem alten Schuldenmacher selber ein?“

